

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Er scheint die auf weiteren nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 2 M., durch unsere Ausleger zugetragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postboten sowie unsere Ausleger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle Mythen, Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Insertionspreis 2 M. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltige Korpuszeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile 2 M. Nachweisungs-Geld für die Anzeigenannahme 2 M. vor dem 10. Juli. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträgen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen wird.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 91.

Dienstag / Mittwoch 7. / 8. August 1923

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Gewerkschaften und die Eisenbahner des Ruhrgebiets haben in neuen Kundgebungen abermals erklärt, daß sie auf den passiven Widerstand unter keinen Umständen verzichten wollen.

\* Die kleinen Städte der Goldanleihe sollen nach 12 Jahren nicht mit 50 %, sondern mit 70 % Aufschlag zurückgezahlt werden.

\* Das englische Kabinett will angeblich noch einen allerletzten Versuch machen, die Alliierten zur Ablehnung einer gemeinsamen Note an Deutschland zu veranlassen.

\* Wie verläuft, hat sich Mac Kenna entschlossen, das Schatzkanzleramt nicht anzunehmen, sondern seine Tätigkeit in der City beizubehalten.

\* Die belgische Regierung gibt ein Graubuch über den letzten Schriftwechsel mit den Alliierten seit dem Januar heraus.

\* Der neue amerikanische Präsident Coolidge erklärte, daß er die Politik Harding in allen Stücken fortsetzen werde.

## Das wirkliche Ziel.

Warum hat eigentlich Poincaré, hat Frankreich sich so heftig gewehrt gegen eine Veröffentlichung der englisch-französischen Verhandlungen? In seinen zahlreichen Reden, vor allem in seinen Vorträgen und Taten hat Poincaré doch deutlich genug gezeigt, was er will, welche Ziele er sich gesetzt hat.

Darum bieten die Veröffentlichungen, die nun in Paris eine nach der anderen als Gegenschlag gegen die englischen Anfragen erfolgen, gar nichts wesentlich Neues, nicht einmal das Neue, daß aus ihnen die Ablehnung jedes englischen Versuches aufs Klarste sichtbar wird, das Reparationsproblem und speziell die Ruhrfrage von der Stelle zu bringen. Am 14. Juni, also acht Tage nach Eintreffen der deutschen Note, hatte der französische Botschafter in London von seiner Regierung Instruktionen erhalten, die er am 6. Juli abschrittlich Lord Curzon als Antwort auf den englischen Fragebogen überreichte. Sie werden jetzt veröffentlicht von Paris aus. Ebenso die französische Antwortnote vom 30. Juli.

Wie gesagt, wesentlich Neues enthält diese Antwortnote nicht. Ausgangspunkt ist die Erklärung, daß — eigentlich — jede Erörterung der Ruhrfrage überflüssig ist, weil der belgisch-französische Standpunkt klar sei: Rückzahlung nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen. Und jede Verhandlung hierüber erst nach Einstellung des passiven Widerstandes. Dann werde Frankreich bereit sein, in unserer Besetzung die Abänderungen zu treffen, die wir mit der Sicherheit unserer Truppen und der Ingenieure, sowie mit der des Landes, das wir in Händen hatten, vereinbaren können. Wir sollen also unseren Widerstand aufgeben, für die Franzosen und unter ihnen schufen und erhalten dafür — nichts. Denn bekanntlich wird ja auch jetzt alles, was an Raub, Mord und Plünderung im Ruhrgebiet geschieht, mit der Sorge für die „Sicherheit der Truppen“ usw. begründet. Das dürfte auch wohl dem verständigungsflüchtigsten deutschen Auge den Star fliehen. Ausdrücklich sagte auch jene französische Note, daß die Einstellung des passiven Widerstandes im voraus erfolgen müsse und mit ihr keine gleichzeitigen Vorteile verbunden werden können und noch deutlicher, daß Frankreich mit der deutschen Regierung erst in Verhandlung treten werde, wenn diese zunächst die notwendigen Anweisungen erteile, damit der passive Widerstand aufhöre. Das habe man eben in Brüssel beschlossen, und England dürfe nicht darauf hoffen, ja nicht einmal verlangen, daß man davon abgehe. Man fordert von uns also einfach, rund und nett: glatte Kapitulation — um sich aber auch für die Zeit hernach zu gar nichts zu verpflichten.

Nur ein doch immerhin wertvolles Aufgebot enthält die Veröffentlichung. Bekanntlich hat Frankreich hundertmal versichert, es sei ins Ruhrgebiet einmarschiert, um sich „produktive Plünderer zu holen“, um sich bezahlt zu machen. Jetzt wird das Ziel deutlicher gezeigt: es handelt sich nicht darum, die sofortige und vollständige Reparationszahlung zu suchen. Man habe sich nicht darüber getäuscht, daß man mittels der Besetzung die notwendigen Summen nicht herausholen könnte. Nein, vor allem habe man durch die „Pfandnahme“ endlich in Deutschland „den Willen zum Zahlen geschaffen“, habe „den wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Deutschen Reiches eine solche Verlegenheit bereiten wollen, daß sie die Ausführung des Versailler Vertrages schließlich den Behinderungen vorziehen würden“. Und daß dies bisher nicht gelang, daran sei die Uneinigkeit der Alliierten schuld.

Auf gut Deutsch — denn Französisch sprechen ist gleich mit Lügen, um ein Shakespeare-Wort modern zu variieren — heißt also: Wir sind ins Ruhrgebiet eingedrungen, um alles, wirtschaftlich und politisch, durch einander zu bringen, im besetzten wie im unbesetzten Deutschland, es auf den Kopf zu stellen, gleichgültig, ob wir dabei etwas für unsere Reparationsforderungen bekommen. Das kommt erst in zweiter Linie. Die Hauptsache ist, Deutschland politisch und wirtschaftlich in die

Armut zu zwingen, bis es uns „aus der Hand frißt“, wie sich — allzu deutlich, aber richtig — einer unserer Generale in Bochum ausdrückte.

Bei diesem eigentlichen Ziel Frankreichs ist es auch gar nicht absonderlich, daß es alle Wünsche und Vorschläge Englands über eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage glatt ablehnt, soweit sie von wirtschaftlichen Erwägungen ausgeht. Der Reparationsplan vom Mai 1921, das sogenannte Londoner Ultimatum mit seiner Reparationssumme von 132 Goldmilliarden bleibt, irgend eine Neuregelung wird zurückgewiesen, es sei denn, man erlasse Frankreich seine eigenen Kriegsschulden, die es übrigens gleichfalls nicht bezahlt. Abgelehnt wird ferner die englische Anregung, eine unabhängige internationale Sachverständigenkommission zur Prüfung der deutschen Wirtschaftslage und Zahlungsfähigkeit einzusetzen. Das könne die Reparationskommission, bzw. das Garantiefomitee, ebenso gut besorgen. Von der der südafrikanische Ministerpräsident Smuts neulich sagte, daß sie nichts anderes sei als ein Ableger des französischen Auswärtigen Amtes.

Das alles war schon vorher bekannt; neu ist also nur die freiwillige Enthüllung des Zieles der Ruhrbesetzung. Wir kannten es, geben uns darüber keiner Täuschung hin. Baldwin „wollte nicht daran glauben“, daß Frankreich nicht wegen der Besetzung von „produktiven Plünderern“ ins Ruhrgebiet marschiert sei. Es steht doch aber in der französischen Note in klaren, dürren Worten drin — Der „Manchester Guardian“ hat wirklich recht, wenn er schreibt, daß die englische Regierung „überhaupt keine klare Politik habe“.

## Beschlagnahme von Ruhrwerken.

Eine neue Verordnung Degouttes.

General Degoutte hat eine neue Verordnung über die Beschlagnahme von Industriewerken herausgegeben. Wenn das Deutsche Reich seine Lieferungen von Brennstoffen nicht ausführe, dann könne die Interalliierte Ingenieurkommission von den Gruben und den angeschlossenen Werken Besitz ergreifen, desgleichen von Rohstoffen und Vorräten. Letzteres ist ja schon im reichsten Maße geschehen, neu in dieser Verordnung ist jedoch, daß die beschlagnahmten Werke von der Interalliierten Ingenieurkommission selbst oder von konzeptionierten betrieben werden können.

Es scheint, daß die Franzosen auf Grund dieser Verordnung zunächst die Betriebe über Tage, die Kokerereien und so weiter, in Betrieb nehmen wollen. Sie werden dabei aber auf große Schwierigkeiten stoßen, da vor allem die nötigen Kohlen fehlen. Ferner droht Degoutte, im Weigerungsfalle würde das deutsche Personal durch Franzosen ersetzt werden und die Wohnräume bezogen, die das deutsche Personal bewohnt hat.

Weitere Anordnungen.

Angehörige der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wurden von den Besetzungs- und Einbruchstruppen bis Ende Juli verhaftet in 421 Fällen, ausgenommen in 448 Fällen, aus den Wohnungen verdrängt (ohne Ausweisung) in 33 Fällen, mißhandelt in 26 Fällen und verurteilt in 204 Fällen, und zwar zu zusammen 81 Jahren 1 Monat 9 Tagen Gefängnis sowie zu 246 582 300 Mark und 2150 Franc Geldstrafe.

## Ein belgisches Graubuch.

Um den passiven Widerstand.

Wieder einmal sind wir, wie es vor dem Kriege üblich war, in eine Periode der bunten Bücher eingetreten, in denen offizielle politische Dokumente veröffentlicht zu werden pflegen. Nach dem Beispiel Poincarés hat die belgische Regierung die beiden wesentlichsten Dokumente aus den letzten Reparationsverhandlungen, nämlich ihre Antwort auf den englischen Fragebogen vom 13. Juli und die belgische Entgegnung auf den englischen Antwortentwurf vom 30. Juli, veröffentlicht. Sie hat gleichzeitig die Veröffentlichung eines Graubuches beschlossen, das alle diplomatischen belgischen Dokumente und Studien seit dem letzten Januar enthalten soll. Die belgische Memorandumantwort auf den 13. Juli beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Frage des passiven Widerstandes. Sie entwickelt vier Bedingungen, die erfüllt sein müßten, damit der passive Widerstand nach der Auffassung der belgischen Regierung als eingestellt gelten könne:

1. Sei es hierzu notwendig, daß die Reichsregierung alle Verordnungen, Erlasse und Instruktionen zurückziehe, die nach dem 11. Januar ergingen. Die belgische Regierung erklärt in diesem Memorandum, sie sei nicht geneigt, die Reparationsfrage zu besprechen, während die Bewohner oder Gruppen von Bewohnern des Ruhrgebietes oder anderer besetzter Gebiete sich weiterhin weigern, für die Besatzungsbehörden zu arbeiten.
2. Die Einstellung des passiven Widerstandes darf nicht

gewollt werden als aktive Mitarbeit der deutschen Bevölkerung an den Maßnahmen der Besatzungsbehörden betrachtet werden. Es ist genug, wenn die Bevölkerung die genannten Maßnahmen nicht hindert.

3. Die belgische Regierung ist der Ansicht, daß die Folgen der Einstellung des passiven Widerstandes die sein werden, daß eine gewisse Anzahl Gefangener oder ausgewiesener Personen begnadigt oder zur Rückkehr ermächtigt würden. Die verschiedenen Fälle würden individuell nachgeprüft werden und würden niemals zu einer Amnestie für Gewalt- oder Sabotageakte gegen die Besetzung führen.

4. Die Einstellung des passiven Widerstandes im Sinne der belgischen Regierung wird unzweifelhaft zur Folge haben, daß die Natur der Besetzung geändert wird, um ihr einen weniger militärischen Charakter zu geben und sie auf die Maßnahmen zu beschränken, die der deutschen Regierung am 10. Januar notifiziert worden sind.

Die belgische Antwort auf den englischen Entwurf für eine Antwortnote an Deutschland beginnt mit der Erklärung, daß Belgien von dem Wunsche befeuert ist, die Reparationsfragen gemeinsam mit den Alliierten zu regeln. Die belgische Regierung suche eine praktische und vernünftige Lösung dieses schweren Problems im Rahmen des Versailler Vertrages zu erreichen. Es sei notwendig, daß die besonders vom Kriege heimgesuchten alliierten Länder eine Erleichterung erhalten, dergleichen entsprechend, die man eventuell Deutschland gewähren würde. Zu diesem Zweck, wird in der belgischen Note ausgeführt, müßte man zwei Mittel ins Auge fassen: 1. Die Annullierung der Verbandsschulden und 2. die Priorität für die zerstörten Gebiete. — Nach diesen wichtigen belgischen und französischen Veröffentlichungen wird man dem englischen Graubuch mit besonderer Spannung entgegensehen.

## England und die Ruhrfrage.

Die Rede Baldwins und Curzons.

In seiner ersten Rede im Unterhause hat Baldwin eigentlich nur einen historischen Rückblick gegeben, und das einzig Interessante in seinen Ausführungen waren wohl die Angaben über den Entwurf einer Note, die eine gemeinsame Antwort der Alliierten auf das deutsche Angebot vom 7. Juni darstellen sollte. Aus diesem englischen Entwurf geht hervor, wie ungeheuer weit Baldwin und Curzon den französisch-belgischen Wünschen entgegenkommen wollten, denn als Ausgangspunkt aller Verhandlungen über die deutsche Note zu einem Entgegenkommen der Alliierten wird die Aufhebung des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung gefordert. Das werde aber nur „eine erneute Erwägung der Bedingungen der Besetzung und die allmähliche Rückkehr zu normalen Verhältnissen im Ruhrgebiet“ mit sich bringen. Noch viel weichtüchtiger war Baldwins zweite Erklärung. Zuerst kam eine milde Kritik wegen der französischen „Unflughheit“, das Ruhrgebiet besetzt zu haben, um sofort diese Pille zu verfluchen durch die Äußerung, England wolle den deutschen Widerstand ganz und garnicht stärken; denn der mache die Lage immer hoffnungsloser.

Im Oberhause hatte Lord Curzon die gleiche Erklärung abgegeben, die Baldwin im Unterhause verlesen hatte. Er fügte aber doch noch eine andere Erklärung hinzu, die, was nun wieder bei Lord Curzon merkwürdig berührt, doch weit anti-französischer ist als das Gebären Baldwins. Was Baldwin „nicht für möglich halten möchte“, erklärt Curzon als tatsächlich, daß nämlich die Ruhrpolitik Frankreichs die Aussichten auf Reparationszahlungen immer mehr zerstört hätten. Die Reparationsfrage sei aber eine europäische, eine internationale Frage. In England sei beinahe jede Industrie in Mitleiden-schaft gezogen, sie mache sich beinahe in jeder Hütte Englands bemerkbar.

Inzwischen veröffentlichte das französische Ministerium des Äußeren die französische Antwort, die man England gegeben hat. Das ist der Gegenschlag. Aus dieser Antwort geht hervor, was übrigens alle Welt weiß, daß Frankreich erst in Verhandlung eintreten will, wenn der passive Widerstand eingestellt ist. Weiter hat dann Poincaré in seiner Antwort die endgültige Regelung der Reparationsfrage davon abhängig gemacht, daß gleichzeitig auch das interalliierte Schuldenproblem gelöst wird, und hat ferner dem englischen Vorschlag, eine Sachverständigenkommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit einzusetzen, ein glattes „Nein“ entgegengehalten.

Der erste Eindruck, den die Rede Baldwins in Berliner politischen Kreisen hervorgerufen hat, geht vor allem dahin, daß mit dieser Erklärung noch keinerlei Abschluß der bisherigen internationalen Schwierigkeiten erzielt ist, und daß es abermals wochenlanges Geduld auf unserer Seite bedürfen wird, um ein greifbares Resultat der französisch-englischen Auseinandersetzungen zu erwarten. Vor allem jedoch ruft es schwere Bedenken hervor, daß Baldwin selbst zur Frage des passiven Widerstandes eine ganz schiefe und unhaltbare Einstellung angenommen hat.